Arbeiterzeitung 27./II.1919 123

Nur abstempeln?

In Deutschösterreich wird nur abgestempelt werden, und die Börsenblätter verkünden triumphierend, daß man beruhigt sein könne: bei uns werde keine Gebühr eingehoben werden, bei uns werde nichts zurückbehalten werden, bei uns werde niemand unter den Zwang gestellt werden, seinen Besitz zu bekennen. Diejenigen, die sich vor der Vermögensabgabe zu ängstigen haben, können also beruhigt sein: es wird ihnen nichts geschehen, sie werden alles beiseitebringen und die Spuren ihrer Kriegsgewinne verwischen können. Aber da die Mehrzahl der Menschen auch in Deutschösterreich leider Gottes aus solchen besteht, die sich vor einer Abgabe vom Vermögen deshalb nicht zu fürchten brauchen, weil sie kein Vermögen haben, so wird sich aus der Gutmütigkeit, mit der die Abstempelung bei uns betrieben wird, in Wahrheit die stärkste Beunruhigung entwickeln. Darüber nämlich, daß man eine so außerordentliche Gelegenheit, um sich von dem in Deutschösterreich vorhandenen Vermögen Kenntnis zu verschaffen, ungenützt vorübergehen läßt — woraus eben zu schließen sei, daß man mit der Vermögensabgabe, ohne die an eine Gesundung unserer finanziellen und dadurch wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu denken ist, nur spielt, des richtigen Ernstes in der unaufschiebbaren Sache aber allzusehr entbehrt.

Der tschechische Herr Raschin packt die Sache dagegen wirklich ernst an. Vor allem nimmt der tschecho-slovakische Staat alle Banknoten, die im Umlauf sind, in Beschlag. Damit erreicht er zweierlei. Erstens vermindert er die ungesunde Ueberflutung mit Banknoten, die zu der Teuerung so wesentlich beigetragen hat, und bringt die Wirtschaft wieder allmählich auf die Füße. Zweitens erfährt er, was jedermann an beweglichem Vermögen besitzt, und behält die Hälfte davon für die Vermögensabgabe als Pfand; er braucht sich danach nicht mehr auf die Ehrlichkeit der Vermögenden zu verlassen, mit der es, wie Steuern in Sicht kommen, bekanntlich nicht zum besten bestellt ist. Aber Herr Raschin geht weiter: durch eine schier lückenlose Erforschung, die sich wie ein Netz um den Besitz legt, soll das zu der Abgabe vorhandene Vermögen fest- und sichergestellt werden; danach, wenn man wissen wird, wieviel zum Steuern da ist, wird es auch leichter sein, die Höhe der Abgabe auszumessen — was ungleich zweckmäßiger ist, als etwa diese Höhe vorweg festzusetzen und es den Kapitalisten dann zu ermöglichen, vor der Abgabe die Flucht zu ergreifen. Gleichzeitig wird alles vorhandene Gold zur Strecke gebracht; teils hervorgelockt, teils mit Zwang dingfest gemacht; diese Anleihe, mit der die Staatsbürger dem Staate ihren Vorrat an Metallgeld darreichen, soll die Grundlage eines Wiederaufbaues der Währung bilden. Der Plan des Herrn Raschin hat einen großen Zug, und es ehrt die tschechische Nationalversammlung, daß sie sich ihn, in Erkenntnis seiner unerbittlichen Notwendigkeit, ohne weitere Erörterung zu eigen gemacht hat. Der Schnitt geht tief, aber es ist, selbst vom rein kapitalistischen Standpunkt, ungleich nützlicher, alles Faule und Kranke auszuscheiden, als es, wie es in Deutschösterreich bisher geschah, weiter im Organismus wuchern zu lassen. Mit der gemütlichen Auffassung, wie sie sich so sinnfällig in der Beschränkung auf die bloße Abstempelung kundgibt, werden wir aus dem finanziellen Elend nicht hinauskommen.

Die Finanzverwaltung, die der glorreiche Steinwender leitet — der durch den Aufstand der Steuerscheuen ganz unverdient zu dem Rufe gekommen ist, gegen das Kapital eine harte Hand zu haben —, sorgt nicht nur nicht dafür, daß aus der Vermögensabgabe etwas wird, sie kümmert sich nicht einmal darum, Deutschösterreich aus dem Strudel der österreichischen Kriegsanleihen zu retten. Nicht der bescheidenste Versuch ist gemacht worden, die Kriegsanleihen nach dem Standort der wirtschaftlichen Güter zu sondern; wir sind „Treuhänder" anscheinend noch immer für die ganze Kriegsanleihe. Tatsächlich zahlt Deutschösterreich die Zinsen für alle österreichischen Kriegsanleihen. In Paris war man besorgt, ob mangels einer Vereinbarung der Nationalstaaten der Märzcoupon ausbezahlt werden wird. Keine Sorge; das Staatsamt für Finanzen hat die „Staatszentralkasse" angewiesen, alle Verbindlichkeiten des alten Oesterreich, die am 1. März etwa zweihundertzwanzig Millionen Kronen betragen, schon am letzten Februar zu bezahlen. Ob der tschecho-slovakische Finanzminister um die Verpflichtungen des alten Oesterreich so besorgt sein wird? Wie stellt sich die deutschösterreichische Finanzverwaltung die Sache mit der Kriegsanleihe vor? Offenbar hofft sie, die anderen Nationalstaaten werden sich zur Zahlung irgend eines Betrages verpflichten, und wir werden, als die geborenen „Treuhänder", die österreichische Staatsschuld, die alte und die neue, in alle Ewigkeit verwalten. Aber aus der Konskription der Kriegsanleihe, die Herr Raschin anstellt, ist deutlich zu erkennen, daß die anderen nur das als ihre Verpflichtung anerkennen, was ihre eigenen Bürger im Besitz haben, woraus sich der zwingende Schluß ergibt, daß auch Deutschösterreich feststellen muß, was sein Besitz und seine Last ist. Wir brauchen eine Finanzverwaltung mit Ideen und Energie, sehen aber nur flügellahme Leute, die unfähig sind, die Dinge im großen anzupacken. Es ist unmöglich, es bei der bloßen Abstempelung bewenden zu lassen; die Feststellung des gesamten Vermögens und die Sicherung eines Pfandes für die Vermögensabgabe ist unerläßlich. Hoffentlich wird die Nationalversammlung nicht zu spät kommen, um Steinwenders furchtbare Versäumnisse noch wettmachen zu können.

Die Herren Kapitalisten werden von der Passivität der deutschösterreichischen Finanzverwaltung wahrscheinlich sehr entzückt sein. Aber sie mögen bedenken, daß die Sicherheit der Kriegsanleihen davon abhängig ist, daß dem jungen und schwachen Staate nicht zuviel auf dem Hals bleibt. Mit der gegenwärtigen Methode werden wir die Schuldner der gesamten altösterreichischen Welt. Die Last wäre unerträglich, und dann müßte der Gedanke entstehen, ob der Knoten, der nicht zu lösen ist, nicht durchhauen werden sollte. Wer die Kriegsanleihe schützen will, muß alle Maßregeln wollen, die die Gesundung der finanziellen Verhältnisse bedingt. Dazu ist nötig die Entlastung des Umlaufes von der überflutenden Notenmenge und die Vermögensabgabe, die entschlossen das Geld dort nimmt, wo es vorhanden ist. Mit dem Zögern und Zuwarten kommen wir in den finanziellen Sumpf nur immer tiefer.